

der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Linke gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

8 Gesetz zur Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe im Besoldungs- und Versorgungsrecht

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1269

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 15/1520

zweite Lesung

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Ich weise darauf hin, dass die Fraktion der CDU die Durchführung einer dritten Lesung und Rücküberweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss beantragt.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 15/1520**, den Gesetzentwurf Drucksache 15/1269 unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion Die Linke **angenommen**.

Wir müssen diesen Gegenstand noch rücküberweisen. Es geht um den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1269. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass in dritter Lesung die Beratung am 18./19. Mai vorgesehen ist. Dazu ist eine Rücküberweisung notwendig. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist die **Rücküberweisung** mit den Stimmen von Abgeordneten aller Fraktionen **erfolgt**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

9 Mobilität und soziale Teilhabe sind Grundrechte – Ein landesweites Sozialticket ist eine Notwendigkeit

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1682

Ich eröffne die Beratung und gebe für die Fraktion Die Linke der Frau Abgeordneten Dr. Butterwegge das Wort.

(Beifall von der LINKEN)

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Danke, Herr Präsident. – Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser heutiger Antrag greift die seit Jahren von Sozialverbänden, Gewerkschaften und Initiativen geforderte Einführung eines landesweiten Sozialtickets auf.

Er ist brandaktueller denn je, da ja, wie die heutige Presse berichtet, selbst das seit Jahren angekündigte Sozialticket für den VRR nun vor dem Aus steht. Seit Jahren steigen die Preise für den öffentlichen Personennahverkehr beständig, die Einkommen gehen zurück, immer mehr Menschen fallen in Hartz IV, die Zahl der Armen – ob mit oder ohne Arbeit – steigt. Gerade Erwerbslose sind in ihrer Mobilität eingeschränkt. Das ist politisch auch so gewollt, was nicht nur der viel zu geringe Hartz-IV-Regelsatz ausdrückt, sondern auch die faktische Residenzpflicht gegenüber dem eigenen Wohnort bzw. dessen Jobcenter.

Für uns Linke ist Mobilität aber ein Menschenrecht,

(Beifall von der LINKEN)

dessen Inanspruchnahme jedem auch faktisch möglich sein muss, und zwar unabhängig vom Beschäftigtenstatus und der Einkommenslage. Deswegen tritt Die Linke für ein Sozialticket ein als einen Weg dahin, damit die Grundrechte auf Mobilität und soziale Teilhabe auch tatsächlich eingelöst werden können.

(Beifall von der LINKEN)

Auch aus umwelt- und energiepolitischen Motiven wollen wir dieses Sozialticket. Es ist ein aktiver Beitrag zum Ausstieg aus der Autogesellschaft. Von der Einführung eines Sozialtickets profitieren alle – die Bürgerinnen und Bürger in den Städten und insbesondere auf dem Land. Die Einführung eines solchen Tickets würde auch deutlich machen, dass das Land das Bedürfnis nach Mobilität für alle politisch unterstützt. Das ist gerade für ländliche Regionen und gegen die dort stattfindenden Streckenstilllegungen und Fahrtaktausdünnungen im ÖPNV ein starkes und wichtiges Signal.

Nun hat die Landesregierung mit dem Haushalt 2011 erstmals Mittel für ein Sozialticket bereitgestellt. Wir begrüßen das im Grundsatz, doch über das von Ihnen vertretene Anreizmodell werden wir noch diskutieren müssen; das ist einfach viel zu wenig.

(Beifall von der LINKEN)

Sie werden dadurch den Flickenteppich an sozialen Dienstleistungen noch vergrößern und stehlen sich damit aus Ihrer Verantwortung, gleichwertige Lebensverhältnisse zu garantieren. Zudem haben Sie noch überhaupt nicht die grundsätzlichen Bedingungen geklärt. Was ist beispielsweise mit Kommu-

nen in der Haushaltssicherung? Dürfen diese dennoch, wie von Ihnen eingeplant, Gelder in ein Sozialticket investieren? – Nach der bisherigen Regelung nicht.

(Rainer Schmelzer [SPD]: Welche bisherige Regelung denn? Es gibt doch noch gar keine!)

Damit wird das Sozialticket aber gerade in den Kommunen, die es am dringendsten brauchen, nicht umgesetzt werden können.

Außerdem müssen Sie als Landesregierung auch Qualitätsstandards setzen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Landesmittel gar nicht bei den Menschen ankommen, sondern – wie auch die Zeitungen heute schrieben – womöglich durch Verkehrsverbünde abgegriffen werden; der Skandal um die Einführung des Sozialtickets im VRR spricht ja hier Bände. Das jetzt geplante Hannoveraner Modell hat mit dem, was im VRR-Koalitionsvertrag steht, ja nicht mehr viel zu tun.

Sie haben auch überhaupt noch nicht geklärt, ob ein Sozialticket nur ein Mobilitätsticket ist, das ist ein weiterer Punkt. Wir, Die Linke, und zahlreiche Initiativen sagen Nein – ein Sozialticket muss einen vergünstigten bzw. kostenfreien Zugang zu kommunalen und landeseigenen Kultur-, Sozial- und Bildungseinrichtungen beinhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Ich verweise auf viele hervorragende Modelle wie beispielsweise den in meiner Heimatstadt Köln eingerichteten Köln-Pass.

Die Linke will einen solchen Pass für NRW – die NRW-Card. – Wir wollen dadurch Menschen mit geringem Einkommen die gesellschaftliche Teilhabe und Mobilität praktisch und landesweit ermöglichen. Die Entwicklung einer solchen NRW-Card muss in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den Verkehrsverbänden erfolgen. Diese müssen natürlich eingebunden werden. Das Ziel ist zuvor klar zu formulieren.

Deswegen haben wir heute diesen Antrag für ein landesweites Sozialticket eingebracht. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen einen gesellschaftlichen Konsens erreichen: Mobilität und soziale Teilhabe für alle. – Ich freue mich auf die Ausschussberatungen. Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Dr. Butterwege. – Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abgeordneter Post.

Norbert Post (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es toll, was wir alles für die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Ich finde es klasse. Es muss nur bezahlt werden.

Wir wissen jetzt schon, dass die 30 Millionen €, die die Regierung vorgesehen hat, bei Weitem nicht reichen. Es werden auch nicht die 100 Millionen € reichen, die Sie fordern. Nach den Rechnungen des VRR werden es mit Sicherheit 150 Millionen € werden.

Wir können uns da also ins Unermessliche steigern. Wenn wir solche Wünsche haben und Sozialtickets wollen, müssen wir wissen, was sie kosten. Wir müssen wissen, was wir machen können. Ich weiß sehr wohl, dass die CDU-Fraktion zusammen mit den Grünen beim VRR ein solches Ticket beantragt hat. Ich halte diesen Ansatz sicherlich auch für einen wünschenswerten Weg. Ich halte es aber nicht für den richtigen Weg, zu sagen, wir beschließen es und das Land bezahlt es schon. Darüber müssen wir noch reden.

(Beifall von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön, Herr Abgeordneter Post. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Neumann.

Josef Neumann (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Gemeinsam mit unserem grünen Koalitionspartner unterstützen wir aktiv die Einführung eines Sozialtickets bei uns in Nordrhein-Westfalen. Weil wir der festen Überzeugung sind, dass die räumliche Mobilität und die gesellschaftliche Teilhabe in einem Flächenland wie dem unsrigen sichergestellt sein müssen, haben wir uns im Koalitionsvertrag vom Juli vergangenen Jahres darauf verständigt, die flächendeckende Einführung von Sozialtickets in den jeweiligen Zweckverbänden zu unterstützen.

Wir wollen, dass Sozialtickets sowohl zu einer sozialen wie auch zu einer ökologischen Erfolgsgeschichte in unserem Bundesland werden. Seitens CDU und Grünen hat man sich bereits vor der Landtagswahl zusammen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Ruhr auf die Einführung eines Sozialtickets verständigt. Das ist eben schon gesagt worden.

Im Gegensatz zur vormaligen schwarz-gelben Landesregierung und der sie einst tragenden Mehrheit hier im Hohen Hause wollen und werden wir diejenigen Kommunen und Verbände finanziell unterstützen, die Sozialtickets eingeführt haben oder dies in Zukunft tun wollen. Selbstverständlich darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, dass das EU-Recht, kommunale Vorschriften und nicht zuletzt das hohe Gut der garantierten kommunalen Selbstverwaltung beachtet sein müssen.

Meine Damen und Herren, so holzschnittartig, wie die Fraktion Die Linke die Sachlage im vorliegenden Antrag darstellt, ist es mit den Detailproblemen freilich nicht. Einfach den in Hartz IV vorgesehenen Regelsatz von 15 € zu nehmen und zu fordern, alle Unterdeckungen habe der Landeshaushalt zu über-

nehmen, scheitert an verfassungsrechtlichen, gesetzlichen und finanziellen Realitäten. Wir können auch nicht die Augen vor kostentreibenden Vorgaben und unmäßigem Verwaltungsaufwand verschließen. Schließlich ist für uns ein wichtiger Aspekt, dass die Bundesregierung gefordert ist, im Hartz-IV-Regelsatz die Mobilität der Menschen mit einem angemessenen Betrag zu berücksichtigen und damit auch die flächendeckende und ausreichende Mobilität sicherzustellen.

Wie ernst es Rot-Grün bei uns in Nordrhein-Westfalen mit der landesseitigen Unterstützung von Sozialtickets ist und wie sich der rechtliche und politische Hintergrund der Entscheidungsfindung darstellt, konnten die Mitglieder des zuständigen Ausschusses für Bauen, Wohnen und Verkehr bereits der entsprechenden Information des Ministeriums entnehmen.

Derzeit sind 15 Millionen € für die zweite Jahreshälfte 2011 sowie jeweils 30 Millionen € für die Jahre 2012 bis 2014 als Landesmittel für das Sozialticket vorgesehen. Damit wird deutlich: Wir stehen zu unserem Ziel, mit Sozialtickets die gesellschaftliche Teilhabe an der Mobilität auch für einkommensschwache Familien und Menschen sicherzustellen.

Vor diesem Hintergrund stimmt die SPD-Landtagsfraktion der Überweisung an den Ausschuss zu. Dabei möchte ich anmerken, eigentlich wäre der zuständige Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr wahrscheinlich auf andere Weise gefragt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Abgeordneter Klocke.

Arndt Klocke (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege von der SPD hat schon gesagt, Ziel der Landesregierung ist die Einführung des Sozialtickets. Das war auch auf vielen Veranstaltungen beim Landtagswahlkampf ein Thema. Wir haben das häufig bei Veranstaltungen des DGB und in den Kommunen diskutiert. Daran halten wir auch fest.

Wir müssen in der Umsetzung feststellen, dass es in manchen Regionen gute Konzepte und Vorüberlegungen gibt.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein, nein, Herr Post. Der NVR hat sehr gute Vorüberlegungen. Wir sind sicher, dass im Herbst im Rheinland...

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein, nein. Das stimmt überhaupt nicht.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Dann kennen Sie andere Zahlen als ich. Ich kenne die Zahl von 4,9 Millionen €. Ich habe letzte Woche noch mit dem Geschäftsführer vom NVR zusammengesessen.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Nein. Wir wollen kein Zwiegespräch führen. Aber es geht um ein umfassendes Sozialticket im Rheinland. Es wird im Herbst an den Start gehen.

Im VRR ist es deutlich schwieriger. Das ist heute auch Thema in der „Westfälischen Rundschau“. Kollegin Butterwegge hat es angesprochen. Wir sind in regelmäßigen Gesprächen mit dem VRR. Man muss sagen, der VRR ist in diesem Bereich ein unbeweglicher Tanker. Es scheitert schon an einer vernünftigen Verwaltungsvorlage im VRR. Der VRR glaubt, dass das Sozialticket nicht nur anteilig vom Land mit einem Zuschuss übernommen wird, sondern dass es vom Land Nordrhein-Westfalen einen Vollzuschuss geben soll. Und das kann es nicht geben.

Wir wollen ein Anreizangebot. Wir wollen, dass das Sozialticket auf den Weg kommt. Aber das Land Nordrhein-Westfalen wird nicht die Sozialtickets für alle Bürgerinnen und Bürger komplett finanzieren. Das haben wir im Koalitionsvertrag klar festgelegt, und so werden wir das entsprechend umsetzen.

Liebe Kollegin Butterwegge, deswegen ist der Antrag der Linken, grundsätzlich in Richtung Sozialticket zu gehen, zwar richtig, aber an dem Punkt, bei dem Sie 100 Millionen € fordern, schießt er natürlich weit übers Ziel hinaus.

Wir sagen klar, auch mit Blick auf den Haushalt: Wir wollen anteilig an den Start gehen, wir wollen aber auch, dass die Kommunen, die es sich leisten können, die keinen Nothaushalt haben, und die Verkehrsverbünde, die beteiligt sind, Teile der Kosten übernehmen. Wir haben nicht vor, als Land 100 % der Kosten zu übernehmen.

Deswegen brauchen wir auch keine 100 Millionen €, sondern glauben nach unseren jetzigen Planungen, dass 30 Millionen € im Jahr in Nordrhein-Westfalen ausreichend sind.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wir arbeiten nur euer Wahlprogramm ab!)

– Natürlich arbeiten wir das Wahlprogramm ab. Das ist ja schön, wenn es da eine Gemeinsamkeit gibt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Klocke, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Zimmermann zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Würde ich zulassen, ja.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Ach, Frau Dr. Butterwegge hat sich gemeldet. Bitte schön.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, okay.

Dr. Carolin Butterwegge (LINKE): Herr Klocke, gehen Sie davon aus – Sie sprachen von 30 Millionen € im Jahr, die veranschlagt seien –, dass die für ganz NRW reichen würden?

Arndt Klocke (GRÜNE): Davon gehen wir nach dem jetzigen Stand aus. Das ist entsprechend durchkalkuliert worden. Aber wir müssen jetzt abwarten, dass die drei Verkehrsverbünde, die wir im Land haben, entsprechende Planungen vorlegen; von einem habe ich gesprochen, vom NVR, aber auch die Westfalen und der VRR müssen es tun. Da muss man gegebenenfalls gucken, ob diese 30 Millionen € ausreichen. Wir gehen zum jetzigen Zeitpunkt davon aus, dass das ausreicht.

Und wir setzen vor allen Dingen auf einen Schneeballeffekt – einen Schneeballeffekt, den es auch bei anderen Ticketangeboten im Land gegeben hat.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Der Winter ist aber vorbei!)

Das ist ja nicht das erste Ticket, das an den Start geht. Auch beim Semesterticket,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

das Rüdiger Sagel, der gerade dazwischenruft, aus Münster gut kennt, war es so, dass es zunächst drei oder vier Hochschulen im Land waren, die das Semesterticket eingeführt haben. Danach, nachdem das Modell eingeführt war, nachdem klar war, dass sich das Ticket mit einem solchen Betrag rechnen würde, sind fast alle anderen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen an den Start gegangen.

Wir beraten das gern im Ausschuss. Wir Grünen stimmen auf jeden Fall der Überweisung zu.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Würden Sie noch eine Zwischenfrage von Frau Beuermann zulassen?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich würde auch noch eine Zwischenfrage von Frau Beuermann zulassen.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Beuermann.

Bärbel Beuermann (LINKE): Herzlichen Dank, Herr Klocke. – Ich möchte noch einmal die Frage wiederholen: Gehen Sie davon aus, dass die 30 Millionen € für ein Sozialticket – flächendeckend – in Nordrhein-Westfalen ausreichend sind?

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Ich sagte „flächendeckend“.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Beuermann, davon gehen wir aus, weil wir von einer anteiligen Bezuschussung ausgehen und nicht von einer Komplettübernahme der Kosten. Wir sind in intensiven Gesprächen mit dem VRR, weil der VRR die Vorstellung hat, dass wir quasi eine Vollbezuschussung übernehmen. Die würde, auch nach dem Gutachten, das die Verbünde in Auftrag gegeben haben,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

35 oder 40 Millionen € ausmachen. Das sehen wir aber nicht so.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Und der Abgeordnete Herr Schmeltzer hat auch noch eine Zwischenfrage. Lassen Sie die zu?

Arndt Klocke (GRÜNE): Bei einer so kurzen Rede fünf Zwischenfragen! Ich fühle mich fast gedelt.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, er interessiert sich auch noch einmal für das Thema. Lassen Sie dies zu?

Arndt Klocke (GRÜNE): Die lasse ich zu, Herr Präsident. Ja, gerne.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Ja, bitte schön, Herr Abgeordneter Schmeltzer.

Rainer Schmeltzer (SPD): Wir sehen Sie alle gerne so lange am Rednerpult: Deswegen machen wir das so.

Herr Kollege Klocke, können Sie bestätigen, dass sowohl im Koalitionsvertrag als auch in allen Gesprächen zur Einführung eines Sozialtickets unter dem Gesichtspunkt des jetzigen und des für die Zukunft avisierten Haushaltsansatzes in Höhe von 30 Millionen € immer von einer Bezuschussung und nie von einem kostendeckenden Ausgleich die Rede war?

Arndt Klocke (GRÜNE): Ja, Herr Kollege. Das kann ich bestätigen. Ich habe es schon am Anfang meiner Rede gesagt: Es geht um eine Bezuschussung vonseiten des Landes. Wir wollen dieses Projekt an den Start bringen. Es geht darum, Mobilität und Teilhabe in der Gesellschaft zu gewährleisten. Wir wollen das von Landesseite aus unterstützen.

Wir wollen es nicht und wir können es sowohl aus finanziellen wie auch aus anderen Gründen nicht, dass das Sozialticket als landesweiter Zuschuss aus der Haushaltskasse des Landes bezahlt wird. – Das als Antwort.

Wir werden das im Herbst nicht nur weiterverfolgen und auch begutachten, sondern wir werden es insbesondere im Rheinland verfolgen, wenn im NVR das erste Sozialticket auf den Weg kommt. Wir sind in intensiven Gesprächen mit den beiden anderen großen Verbänden, machen auch Druck und hoffen auf die Unterstützung auch vonseiten der CDU, Herr Post. Ich habe es eben so verstanden, dass Sie grundsätzlich dem ganzen Projekt gegenüber aufgeschlossen sind.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

– Zu den Finanzen habe ich eben Stellung genommen. Das muss anteilig übernommen werden. Dann hat es auch eine vernünftige Perspektive.

Wir werden das im Ausschuss weiter diskutieren. Deswegen werden wir der Überweisung dieses Antrages zustimmen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Klocke. – Für die FDP-Fraktion spricht der Abgeordnete Rasche.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben schon lange und oft über das Sozialticket diskutiert. Immer wieder stellte sich die Frage, wie das finanziert werden soll. Gerade SPD und Grüne haben vor der Landtagswahl, also im Wahlkampf und auch danach, immer wieder in Richtung Wählerschaft dieses Sozialticket versprochen.

Heute kommt auf einmal die Aussage – ich habe die damals im Wahlkampf nicht so wahrgenommen: Ja, das können auch die Kommunen bezahlen. Wir wollen es nur bezuschussen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Es hat nie eine andere Aussage gegeben!)

Liebe Damen und Herren von SPD und Grünen, die Kommunen haben das Geld auch nicht, ganz im Gegenteil.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Der Herr Innenminister hat uns doch erklärt: Nur acht Kommunen in Nordrhein-Westfalen können ihren Haushalt noch ausgleichen. – Die Kommunen können das Ticket also nicht bezahlen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Sie haben das Sozialticket versprochen, haben nur vergessen, es dann finanziell im Haushalt zu hinterlegen. Die Systematik ist immer wieder vergleichbar: Immer dann, wenn SPD und Grüne etwas versprechen, es dann aber aus finanziellen Gründen nicht einhalten können, kommt die Linke, hakt ein oder grätscht rein, stellt einen Antrag, der genau ih-

ren Zielen entspricht, und stellt dann auf einmal 100 oder 200 Millionen € in den Raum. Das ist natürlich finanzpolitisch abenteuerlich, aber politisch genau richtig.

Natürlich erwartet nicht nur die Linke, sondern auch die Bevölkerung, dass Sie von SPD und Grünen endlich einmal Ihre Wahlversprechen einhalten.

(Beifall von der LINKEN)

Nichts Dergleichen, vor allem nicht beim Sozialticket, Meine Damen und Herren.

Die „Westfälische Rundschau“ berichtet heute – Sie haben das in der Presseschau gesehen – ausführlich über die Probleme von CDU und Grünen im VRR. CDU und SPD wollen gemeinsam das Sozialticket killen. Sie wollen Mehrfachfahrkarten oder Tagestickets zur Verfügung stellen. Das steht da heute schwarz auf weiß.

Ich möchte zum Schluss aus einem Bericht zitieren. Da heißt es:

Erst im Februar erklärte VRR-Vorstand Dr. Klaus Vorgang – Dr. Vorgang gehört der SPD an, steht Ihnen so sehr nahe und zählt zu Ihren Beratern –, „das Sozialticket könne nicht eingeführt werden, weil die rot-grüne Landesregierung ‚nur‘ 30 Millionen“ dafür zur Verfügung stellen wolle. – Das ist also finanziell nicht hinterlegt. Ihre eigenen Fachleute beweisen das und schreiben es nieder, damit Sie es endlich wahrnehmen.

Aber natürlich stimmen wir als FDP-Fraktion der Überweisung zu und freuen uns auf die Diskussion im Ausschuss. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung sieht im Angebot von Sozialtickets einen wesentlichen Beitrag zur Teilhabe einkommenschwächerer Bürgerinnen und Bürger an der gesellschaftlichen Mobilität.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Sehr gut!)

Wir wissen, dass das für die Zukunft immer wichtiger wird. Deshalb stellen wir uns auch diesem Thema und werden ab Mitte dieses Jahres alle Kommunen und Verbände, die ein Sozialticket bereits eingeführt haben oder einführen, finanziell unterstützen. Wir wissen aber auch, dass Haushaltsmittel nur begrenzt zur Verfügung stehen. Derzeit sind 15 Millionen € für die verbleibende zweite Jahreshälfte 2011 veranschlagt. Die mittelfristige Fi-

nanzplanung von 2012 bis 2014 sieht dann 30 Millionen € pro Jahr für das Sozialticket vor.

Gäben wir als Land jedoch verbindliche Höchstpreise beim Sozialticket – wie die hier geforderten 15 € für ein Monatsticket – vor, dann würden die kommunalen Aufgabenträger gegenüber den Verkehrsunternehmen für die so entstehende Unterdeckung rechtlich voll ausgleichspflichtig werden.

(Beifall von der FDP)

Das Land müsste dann, wollte es die Kommunen dabei real unterstützen, eigene Haushaltsmittel im Umfang von weit mehr als 100 Millionen € zur Verfügung stellen.

Wir brauchen ein Verfahren ohne die Kosten nach oben treibende Vorgaben und ohne großen Verwaltungsaufwand bei der Ausgleichsberechnung. Deshalb werden wir die ohnehin zuständigen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen vor Ort entscheiden lassen, ob und zu welchen konkreten Konditionen sie ein Sozialticket anbieten können. Sie können unter Berücksichtigung ihrer jeweiligen Situation ein attraktives Angebot zu einem vertretbaren Abnahmepreis finden. Nur sie können Synergien nutzen, verfügen über die notwendigen Kenntnisse zu den konkreten Mobilitätsbedürfnissen, zum tatsächlichen Fahrverhalten und zur richtigen Preiskalkulation für die entsprechende Zielgruppe.

Wir haben gemeinsam mit externen Experten vor allem aus Verkehrsverbänden und Unternehmen lediglich die grundsätzlichen Anforderungen an ein Sozialticket erarbeitet. Diese lauten: Ein Sozialticket sollte mindestens eine Fahrtberechtigung im ÖPNV für eine kreisfreie Stadt bzw. für einen Kreis umfassen. Denkbar ist jedoch auch eine Lösung, die sich mit unterschiedlichen Sozialtickettarifen an Preisstufen orientiert. Es kann sich dabei um Monatstickets, aber auch um mehrere Tagestickets oder 4er-Tickets handeln, wie es derzeit vom VRR geprüft wird.

Das Sozialticketangebot muss preislich spürbar unter dem günstigsten vergleichbaren Regeltarifangebot liegen. Nur dann kann es Wirkung entfalten.

Im Übrigen behalten die Aufgabenträger sowie die tarifverantwortlichen Verkehrsunternehmen ihre volle Gestaltungsfreiheit. Ich denke, da ist, bei entsprechenden Kombinationen, noch eine Menge an Synergien möglich.

Das Land gewährt einen finanziellen Anreiz bzw. eine Hilfe, wobei ich sagen muss, dass 30 Millionen € jährlich, gemessen an dem Nichts, das unsere Vorgängerregierung für ein Sozialticket bereitgestellt hat, nun wirklich nicht wenig ist.

(Beifall von der SPD)

Ich denke, das ist ein guter Einstieg. Wir sollten damit Erfahrungen sammeln. Mit entsprechendem Abstand

können wir die Diskussion dann fortsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1682** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Bauwesen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist die Überweisung einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

10 NRW lässt die Opfer neofaschistischer Gewalt nicht allein – Einrichtung von Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1685

Ich eröffne die Beratung und gebe das Wort der Frau Abgeordneten Conrads.

Anna Conrads (LINKE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lassen Sie mich, bevor ich in die Begründung des Antrags einsteige, kurz anmerken:

Wir reden heute über ein Thema, auf das die CDU meistens in einer bestimmten, gewohnten und oft auch gerne krawallartigen Manier reagiert. Immer wird nach dem gleichen Schema gesagt, die wahre Gewalt ginge von Links aus, Links sei gleich Rechts und man müsse Linksextremismus bekämpfen. Ich habe gesehen, dass gleich Herr Lehne reden wird, der ja einige Anfragen zum Thema Linksextremismus gestellt hat.

Lassen Sie mich einfach vorweg klarstellen: Die Gleichsetzung von Links und Rechts ist und bleibt falsch.

(Beifall von der LINKEN)

Eine solche Gleichsetzung befördert eine Verharmlosung der Gefahr, die von rechter Gewalt ausgeht, und sie ist ein Hohn für die rund 140 Opfer rechter Gewalt, die es seit 1990 gegeben hat.

(Beifall von der LINKEN und von Serdar Yüksel [SPD])